*

Bei der Neuordnung der Welt nach dem Ende der Blockkonfrontation spielt die Volksrepublik China als zweitgrößte Wirtschaftsmacht und eine der größten Militärmächte eine wachsende Rolle. Nun will der Nationale Volkskongress die Reformen vorantreiben.

Reformen, Rüstung und die Seidenstraße

In Peking nimmt die 5. Tagung des 12. Nationalen Volkskongresses Kurs auf den 100. Jahrestag der KP Chinas

Von der Jahrestagung des chinesischen Parlaments werden ab Sonntag Aufschlüsse über den weiteren Kurs der Volksrepublik erwartet.

Von Werner Birnstiel

Die chinesische Börse in Schanghai blickt etwas verunsichert voraus und mochte sich am Donnerstag nicht für einen gemeinsamen Aufschwung mit anderen asiatischen Börsen entscheiden. »Nervosität« machten Beobachter bei Händlern aus. Diese wiederum führten sie zurück auf die 5. Tagung des 12. Nationalen Volkskongresses (NVK). Sie wird am Sonntag in Peking mit rund 3000 Delegierten ihre Jahresberatung beginnen. Die Tagung dauert bis Mitte März und soll die Weichen auf »Vertiefung der Reformen« stellen.

Dass China dabei seinen Militärhaushalt alljährlich und diesmal wohl wieder im zweistelligen Prozentbereich erhöht, wird vom Volkskongress sicher nicht kritisiert, sondern wohlwollend abgesegnet. Dies umso mehr, da die US-Administration unter Präsident Donald Trump einen aggressiven Kurs fährt und Entspannung nicht in Sicht ist. Das von der Volksrepublik weithin beanspruchte Südchinesische Meer wird noch lange umstritten bleiben.

Ohne Beunruhigungen ging aber auch für das Spitzenpersonal die Zeit vor den »zwei Tagungen«, gemeint sind damit stets der NVK und die bereits Freitag beginnende Politische Konsultativkonferenz, nicht ab. Seit Anfang 2017 wurden über 90 Spitzenvertreter auf Provinzebene befördert oder in andere Regionen in Führungsfunktionen versetzt. Vier neue Provinzgouverneure wurden eingesetzt und Oberbürgermeister in der Hauptstadt Peking und der fast 50-Millionen-Stadt Chongqing ernannt.

Kaum einer der von den Personalrochaden betroffenen Spitzenfunktionären dürfte davon begeistert gewesen sein. Offiziell sollen nach Lesart der KP Chinas diese Schritte den politischen Kurs der Partei in den regionalen Volkskongressen und Regierungen stärken. Es werde höhere Fachkompetenz angestrebt, heißt es. Doch alles andere als ein Geheimnis ist, dass diese Maßnahmen direkt und indirekt gegen die Korruption gerichtet sind. Der Bildung von Netzwerken, die durch allzu lange Amtszeiten entstehen können, soll entgegengewirkt werden.

Die Große Halle des Volkes ist traditioneller Veranstaltungsort der Tagungen des Volkskongresses. Foto: imago/Xinhua

Auch wirtschaftliche Eingriffe konnten die insgesamt durchaus positive Grundstimmung trüben. So sollen angesichts massiver Überkapazitäten in der chinesischen Stahl- und Kohleindustrie in diesem Jahr eine halbe Million Arbeitsplätze wegfallen. Ein Jobvermittlungsprogramm oder vorzeitiger Ruhestand, die der zuständige Minister Yin Weimin am Mittwoch anbot, dürften nicht alle Probleme lösen und nicht jede Härte mildern. Doch die Regierung hatte bereits vor Jahresfrist angekündigt, in der Stahl- und Kohleindustrie insgesamt 1,8 Millionen Arbeitsplätze abzubauen. Die Streichung von 726 000 Jobs im Jahr 2016 sei »reibungslos« gelaufen, versicherte Yin. Es habe keine »großen Konflikte oder Probleme« gegeben. Berichte über Arbeiterproteste wegen Jobverlusten in der Industrie waren im Vorjahr nicht völlig ausgeblieben.

Erfolge und Harmonie haben in diesem Jahr allerdings einen besonderen Stellenwert. Im Herbst wird der 19. Parteitag der KP Chinas einberufen. Dessen Wahlperiode wird dann bis 2022 reichen und damit den 100. Jahrestag der Gründung der KP Chinas am 1. Juli 2021 einschließen. Da im Jahr 2020 der laufende 13. Fünfjahrplan zu Ende geht, wird also eine große Zeit des Bilanzierens in Geschichte und Gegenwart anbrechen.

Der Blick richtet sich dann zunehmend auf Hauptlinien des Modernisierungsanspruchs »Made in China 2025« und sogar weiter voraus bis in das Jahr 2049 und damit den 100. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik. In China wird tagesaktuell gern ziemlich schnörkellos und pragmatisch-zielstrebig gehandelt, zugleich mag man aber durchaus die Vorausschau bis ins Visionäre. Im Reich der Mitte wird die Mentalität seiner Bevölkerung nicht zuletzt durch eine mehrtausendjährige Tradition geprägt.

Vier Jahre nach Beginn der Tagung des Nationalen Volkskongresses steht im Mittelpunkt, wie die wirtschaftliche Intensivierung vorangebracht werden kann. Immer mehr Menschen sollen sich mit den Reformen identifizieren. Verbessert werden sollen die Innovationsfähigkeit und die Qualität der Produktion und der Binnenkonsum soll wachsen. Allein 2016 mussten 12,4 Millionen Menschen weniger zu den Armen gezählt werden, diese Bemühungen um die Schwächsten der Gesellschaft werden fortgesetzt. Dem besseren rechtlichen Schutz der Bürger soll eine Neufassung der »Allgemeinen Bestimmungen zum Zivilrecht« dienen, mit der über 200 Einzelgesetze modernisiert werden.

Wie kaum jemals seit Beginn des Modernisierungskurses Anfang der 1980er Jahre werden sich die Delegierten der Außenpolitik zuwenden. Das Aufrücken Chinas zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt vergrößert zweifellos seine Möglichkeiten einer internationalen Einflussnahme.

Das Seidenstraßenprojekt zählt Chinas Führung dabei zu den wichtigsten außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Vorhaben. In den »Aufbau eines Wirtschaftsgürtels entlang der Seidenstraße und der maritimen Seidenstraße im 21. Jahrhundert« wurden seit seiner Ankündigung Ende 2013 bereits über 20 Staaten eingebunden. Große Summen werden für Investitions- und Infrastrukturprojekte in den zentralasiatischen und in ASEAN-Ländern bereitgestellt. Allein Pakistan sind 50 Milliarden Euro für seine Infrastruktur versprochen. Thailand soll üppige Kredite erhalten. Seit Dezember 2015 kann in Peking mithilfe der Asiatischen Infrastrukturinvestitionsbank westlicher Dominanz in Ost-, Südost- und Zentralasien begegnet werden.

Konsultation für die Demokratie

Von Werner Birnstiel

Chinas Nationaler Volkskongress (NVK) tagt alljährlich im März in Peking und versteht sich als höchstes Organ einer »Konsultations-Demokratie«, die geführt wird von der Kommunistischen Partei Chinas. Von den insgesamt 2987 Abgeordneten sind 2157 Mitglieder der KP Chinas, 830 vertreten die acht Blockparteien. Die 35 Delegationen zum NVK kommen aus 23 Provinzen, fünf Autonomen Gebieten, den vier Städten Peking, Tianjin, Schanghai, Chongqing, den Sonderverwaltungszonen Hongkong und Macao sowie von der Volksbefreiungsarmee.

Erstmalig tauchte der Begriff »Konsultations-Demokratie« 2013 auf. Xi Jinping, für fünf Jahre gewählter Staatspräsident, hatte ihn in seinem Buch »China regieren«, das im Juni 2014 erschien, verwendet. Dabei handelte es sich um eine komplexe Darstellung, wie das Gesellschaftssystem nach dem 18. Parteitag der KP Chinas vom November 2012 weiterentwickelt werden soll.

Tatsächlich hat der Volkskongress politisch-symbolischen Wert, aber auch eine wegweisende praktische Bedeutung für die Fortsetzung der Reformen. Den Tagungen gehen jeweils Sitzungen der »Politischen Konsultativkonferenz« voraus, die als Beratergremium auf allen Ebenen Fragen aufgreifen soll, die von lokalen Regierungen oder Parteifunktionären zu wenig beachtet oder absichtlich unter den Tisch fallen gelassen werden.

Die Parlamentsarbeit zwischen den Jahrestagungen wird vor allem über den Ständigen Ausschuss des Volkskongresses erledigt. Seine Aufgaben sind die Formulierung oder Auslegung von Gesetzen, die Überwachung der Arbeit des Staatsrates, der Zentralen Militärkommission, des Obersten Gerichts und der Obersten Staatsanwaltschaft. All das vollzieht sich in Konsultation mit den Organen der KP Chinas.

Der Vorsitzende des NVK, Zhang Dejiang, gehört zugleich dem Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der KP Chinas an.

Die große Kooperation

China setzt wirtschaftlich längst auf Klasse statt Masse und hofft auch auf Technologie aus Deutschland

China folgt einer eigenen wirtschaftspolitischen Strategie. Auch wenn die Wachstumsraten rückläufig sind: Mit Elektroautos, Seidenstraße und Fußball sieht sich die Volksrepublik in der Erfolgsspur.

Von Hermannus Pfeiffer

»Das Riesenreich hat riesige Ziele«, heißt es beim Deutschen Fußballbund. Präsident Xi Jinping habe die Förderung des Fußballs in China und den Anschluss an die Weltspitze zum Staatsziel ausgerufen. Vor dem Hintergrund der Größe des Landes solle der Fußball als sozialer Kitt dienen. Im November schloss der DFB mit China einen Kooperationsvertrag. Angeregt hatte dies Bundeskanzlerin Angela Merkel auf ihrer Peking-Reise im vergangenen Juni. In wenigen Jahren sollen mit deutscher Hilfe 50 000 Fußballakademien entstehen. In dieser Woche zog die Bundesliga nach und schloss einen Kooperationsvertrag mit dem Internetmedienkonzern Baidu, der äußerst lukrativ sein dürfte. Unter den 500 Millionen Fußballkonsumenten in China gilt die Bundesliga als Nummer eins der europäischen Fußballligen.

Fußball ist nur eine der strategischen Baustellen, an denen die Wirtschaftspolitiker in Peking derzeit arbeiten. Eine andere ist die Umwelt. So hat der wachsende Wohlstand zu einer Auto-Armada geführt, welche die Straßen verstopft und die Atemluft in den Metropolen belastet. Ein Gesetzentwurf sieht daher vor, dass schon ab dem kommenden Jahr sämtliche in China tätigen Hersteller acht Prozent ihrer Autos mit Elektromotor ausliefern sollen. Sehr zum Verdruss von Kanzlerin Merkel, die in einem Telefongespräch Ende Januar Chinas Ministerpräsident Li Keqiang mahnte, die Elektroquote auszusetzen. Derzeit verkauft etwa Marktführer VW, der sich gerade in einem Werk in Changchun mit Protesten von Leiharbeitern konfrontiert sieht, fast gar keine E-Autos.

In westlichen Medien ist indes der frühere China-Hype vorbei, seit die Wirtschaft nicht mehr zweistellig wächst. Dabei sind die für 2017 angepeilten 6,5 Prozent Wachstum des Bruttoinlandsprodukts für eine inzwischen ziemlich entwickelte Marktwirtschaft weit überdurchschnittlich. Für 2018 gehen die Forscher des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung von einem ähnlich hohen Wert aus.

Statt auf Masse setzt man in China immer öfter auf Klasse. Xi Jinpings Hochtechnologiestrategie soll vermehrt innovative Produkte und Dienstleistungen hervorbringen, die bislang noch überwiegend aus dem Westen importiert werden. Um die Technologielücke zu schließen, investieren chinesische Firmen in jüngster Zeit massiv im Ausland. Das betrifft besonders deutsche Unternehmen. Dabei hat China 2016 die USA als größten Handelspartner der Bundesrepublik abgelöst.

> *»Das Wachstum ist robust, die Binnennachfrage solide, dennoch gibt es Risiken.«*
>
> Einschätzung der OECD zu China

Xi Jinping besuchte im Januar als erster chinesischer Präsident das Weltwirtschaftsforum in Davos und warb dort für Freihandel und Globalisierung. Mitte Mai sind Regierungschefs aus aller Welt zu einem »Seidenstraßen-Gipfel« in Peking eingeladen. China will die traditionellen Handelswege nach Europa und Afrika ausbauen. Es geht um Häfen, Gasleitungen und Industrie.

Solch schillernde Kooperationen sollten nicht über hausgemachte Probleme hinwegtäuschen. »Das Wachstum ist robust, die Binnennachfrage solide, dennoch gibt es Risiken«, warnt die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in einer neuen Studie. In vielen ländlichen Regionen leidet die Bevölkerung unter absoluter Armut. Die frühere Ein-Kind-Politik belastet das Rentensystem und der Wirtschaftsboom hat die Preise für Wohnraum in die Höhe schießen lassen. Abseits der Küstenmetropolen, die Teil der globalisierten Weltwirtschaft sind, gelten viele große, »dreckige« Industriekonglomerate als marode und werden nur durch staatliche Subventionen künstlich am Leben erhalten. In den Bilanzen der Großbanken schlummern daher viele faule Kredite. Der Internationale Währungsfonds (IWF) fürchtet, dass die Unternehmensschulden in China Überhand nehmen – immerhin liegen sie bei rund 150 Prozent der Wirtschaftsleistung. Fast schon griechische Verhältnisse.

Dennoch hegt man in Deutschland nach wie vor große Hoffnungen bezüglich engerer Kooperation mit China. Auch der Hamburger SV hat derweil einen Vertrag geschlossen, mit dem Fußballclub SIPG aus Shanghai. Die Beratungstätigkeit bringt dem abstiegsbedrohten Bundesligisten fünf Millionen Euro ein. Kein Zufall: »Hanbao« wird die Elbmetropole auf Chinesisch genannt, wörtlich übersetzt heißt das: »Burg der Chinesen«. Hamburg gilt heute als der bedeutendste Standort für Aktivitäten in Europa: Mehr als 500 chinesische Unternehmen haben dort inzwischen ihren Sitz.